

Urteil des Europäischen Gerichtshofes erlaubt Rabatte auf Medikamente

## Wettbewerb oder Schutz von Patienten?

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes dürfen ausländische Versandapotheken rezeptpflichtige Medikamente in Deutschland zu günstigeren Preisen verkaufen. Ortsansässige Apotheken befürchten Umsatzeinbußen, einzelne Politiker sehen gar die flächendeckende Versorgung gefährdet. Doch vorerst bleiben die Folgen des Urteils erst einmal abzuwarten.

So schön der Herbst mit dem herabfallenden Laub auch sein mag, bedingt durch die Jahreszeit lässt eine Erkältung meist nicht lange auf sich warten. Also holt man sich eben ein Nasenspray oder eine Packung Halstabletten aus der Apotheke um die Ecke. Hierfür braucht man kein Rezept vom Arzt, weshalb der Apotheker den Preis für diese freiverkäuflichen Arzneimittel – wie jeder andere Händler auch – selbst bestimmen kann. Anders sieht das bei Medikamenten aus, die man nur auf Rezept bekommt.



Foto: belahoche/fotolia

**Beratung erhalten Patienten in der Apotheke vor Ort. Stellen Versandhändler da eine ernstzunehmende Konkurrenz dar?**

### Apotheken im Wettbewerb

In Deutschland bestimmt die Arzneimittelpreisverordnung, dass rezeptpflichtige Medikamente überall zum gleichen Preis verkauft werden müssen. Durch diese Regulierung der Arzneimittelpreise soll zum einen die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung durch Apotheken sichergestellt werden; zum anderen soll dies kranken Menschen den Vergleich von Angeboten ersparen. Doch die wettbewerbsfreie Zeit im Medikamentenhandel könnte nun vorbei sein.

In einem viel beachteten Urteil erklärte der Europäische Gerichtshof (EuGH) jetzt die deutsche Preisbindung für rechtswidrig. Hintergrund für diese Entscheidung ist der auch in Deutschland erlaubte Verkauf von Medikamenten über

das Internet durch sogenannte Versandapotheken. Obwohl diese ihren Firmensitz nicht in Deutschland haben, gelten für sie bisher die gleichen Regelungen wie für ortsansässige Apotheker. Zu Unrecht, befanden die Richter des EuGH. Die Regulierung erschwere ausländischen Anbietern den Zugang zum deutschen Markt.

### Verbot des Versandhandels

Deutlich kritisierten die Richter in ihrem Urteil die Vorgehensweise der Bundesregierung. Für das Argument, man wolle Kranken einen Preisvergleich ersparen, gebe es keine fundierten Belege. Zudem müsse ein Wettbewerb im Arzneimittelbereich nicht automatisch zu einer schlech-

teren gesundheitlichen Versorgung führen.

Genau diese Befürchtungen äußerten jedoch Politiker und Apothekerverbände. So sieht etwa der Pharma-Großhandel bereits die Versorgung mit Arzneimitteln bedroht. Aus den Reihen der Großen Koalition wurden dementsprechend bereits Forderungen laut, den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten in Deutschland komplett zu verbieten. Nach EU-Recht wäre das durchaus möglich. Aber ist es auch zweckmäßig?

Dass es tatsächlich einem „Apothekensterben“ kommt, ist bisher nur eine Vermutung. In jedem Fall aber dürfte es zu einem stärkeren Wettbewerb zwischen den Apotheken vor

Ort und den Versandapotheken kommen. Patienten, die über einen längeren Zeitraum auf Medikamente angewiesen sind, könnten davon profitieren. Ihr Bedarf ist planbar und ermöglicht es ihnen, benötigte Medikamente rechtzeitig zu bestellen. Für jedes Rezept, das sie auf diese Weise online einlösen, zahlen sie bis zu zwölf Euro weniger. Wer dagegen im Krankheitsfall akut Hilfe benötigt, ist auch weiterhin auf die Apotheke vor Ort angewiesen. Deren große Stärke liegt in der Beratung ihrer Kunden. Denn bei Weitem nicht jeder wird sich seine Arzneimittel über das Internet bestellen und nach Hause schicken lassen.

### Versorgung bleibt gesichert

Unterstützung erhalten die einheimischen Apotheker von Bundesumweltminister Hermann Gröhe (CDU). Dieser erklärte, der Versandhandel könne eine wohnortnahe Versorgung durch Präsenzapotheken nicht ersetzen.

Welche Folgen die Entscheidung aus Luxemburg konkret haben wird, muss abgewartet werden. Die Versorgung mit Arzneimitteln ist in Deutschland weiterhin gewährleistet. Patienten sind letztlich auch Kunden. Und als solche werden sie die Entwicklung auf dem Gesundheitsmarkt durch ihr Kaufverhalten maßgeblich beeinflussen. *job*

## Worum geht es genau?

Die Deutsche Parkinson Vereinigung hatte mit der niederländischen Versandapotheke DocMorris ein Bonussystem ausgehandelt. Mitglieder der Selbsthilfeorganisation wurden dadurch zu günstigen Konditionen mit Arzneimitteln versorgt. Weil es für rezeptpflichtige Medikamente in Deutschland jedoch eine Preisbindung gibt, landete der Fall vor Gericht.



Foto: fottoo/fotolia

„A“ wie „Auslaufmodell“?

Der Europäische Gerichtshof entschied, dass die deutsche Regelung unzulässig sei. Ausländische Anbieter dürfen ihren Kunden demnach Rabatte auch auf verschreibungspflichtige Medikamente geben. Apothekerverbände und Pharmafirmen befürchten nun einen Preiskampf. Die Politik hat bereits signalisiert, sich für eine wohnortnahe Versorgung durch Apotheken einzusetzen.

## SoVD im Gespräch



Foto: Wolfgang Borrs

**Zu einem sozialpolitischen Gespräch kamen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (MdB, SPD-Vorsitzender und Vizekanzler) und SoVD-Präsident Adolf Bauer zusammen. Der Dialog fand im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt. Es wurde verabredet, zu sozialpolitisch wichtigen Fragen im Austausch zu bleiben.**

## SoVD im Gespräch mit Sigmar Gabriel

Im Berliner Willy-Brandt-Haus fand im Oktober ein Gespräch zwischen dem SoVD und der SPD statt. An dem Dialog nahmen Sigmar Gabriel (MdB, SPD-Vors., Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister), Dr. Klaus-Heinrich Dedring, (SPD-Parteivorstand, Abt. Politik, Ref. Arbeitnehmerinitiative und gesellschaftl. Zusammenhalt, Sozial- und Gesundheitspolitik), Adolf Bauer (SoVD-Präsident), Gabriele Hesseken (Referentin, Abt. Soz.-Pol.) sowie Fabian Müller-Zetzsche (Leiter der Abt. Soz.-Pol., SoVD-Bundesverband) teil. Schwer-

punkte waren die Themen Rente und Regelsätze/Hartz-IV.

Auch die Themen Familienförderung, Gesundheits- und Pflegepolitik, Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern, CETA sowie das Bundesteilhabegesetz kamen zur Sprache.

## Treffen mit Vertretern der Volkssolidarität

Zu einem konstruktiven Austausch in angenehmer Atmosphäre kamen die Volkssolidarität und der SoVD zusammen. Teilnehmende waren seitens der Volkssolidarität: Dr. Wolfram Friedersdorff (Präsident), Horst Riethausen (Geschäftsführer), Dr. Alfred Spieler (Referent für

Soz.-Pol.) und Dr. Valerie Moser (Ref. für Soz.-Pol.). Der SoVD wurde durch den Präsidenten Adolf Bauer, Michael Meder (Stellvertr. Bundesgeschäftsführer), Fabian Müller-Zetzsche (Leiter Abt. Soz.-Pol.) und Stefanie Lausch (Pers. Ref. des Präs.) vertreten. Die Verbände verständigten sich erneut zum Thema Angleichung Rentenwert Ost.

Der SoVD machte klar, dass es sich weiterhin um ein wichtiges Thema handele, jedoch Aspekte z.B. zu Geringverdienern oder einer Höherwertung der Löhne in den Blick zu nehmen seien. Zudem warte man gespannt auf das Alterssicherungskonzept des BMAS. Der SoVD-Präsident dankte dem ausscheidenden Dr. Spieler ausdrücklich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.